

## Besprechungen

*Maurice Halbwachs*: Das kollektive Gedächtnis. Stuttgart 1967. Ferdinand Enke. 163 S.

In Deutschland geistert noch immer die Auffassung, die „Wissenssoziologie“, schon ihrem Namen nach letztlich ein unübersehbares Phänomen, sei ein ausschließlich deutsches Produkt, sozusagen mit Güte- und Herkunftszeichen versehen. Dies ist in dieser Ausschließlichkeit freilich keineswegs der Fall. Vor allem die Beiträge, die nicht nur von Émile *Durkheim* selbst, sondern auch von seinen Meisterschülern zur Ausbildung der Wissenssoziologie beigesteuert wurden, sind teilweise von unschätzbarem Wert. Zu diesen zählt vor allem auch Maurice Halbwachs, der 1877 in Reims geboren, sich ebenso entschieden wie *Durkheim* selbst der Empirie zuwandte und zunächst dazu neigte, sehr modern nur das als soziologische „Erfahrung“ gelten zu lassen, was sich statistisch erfassen ließe. Erst bei tieferem Eindringen rang er sich zu der Erkenntnis durch, daß auch zur erfahrenen sozialen Realität zähle, was sich nicht ohne weiteres qualifizieren ließe, so z. B. das Gedächtnis. Halbwachs hatte bereits im Jahre 1925 die Aufsehen erregende Schrift verfaßt „Der soziale Rahmen des Gedächtnisses“. Die hier vorliegende, in Frankreich bereits 1950 unter dem Titel „La mémoire collective“ publizierte Schrift stellt daher gleichsam sein Vermächtnis dar, das er unvollendet, da er am 16. März 1945, fünf Tage nach seinem Geburtstag, in Buchenwald ermordet wurde, uns hinterlassen hat und das deshalb Fragment bleiben mußte, da Halbwachs es weder überarbeiten, noch durch Einleitung und Schluß hat vollenden können. Um so erwünschter ist es, daß sie nunmehr in einer sorgfältigen und gelungenen Übersetzung endlich auch zu uns kommt, da es sich bereits um eine der grundlegenden Publikationen auf dem Gebiet der Wissenssoziologie handelt.

Halbwachs beginnt seine Untersuchung mit einer Konfrontation von kollektivem und individuellem Gedächtnis, da ihm der Nachweis evident erscheint, daß ein Großteil unserer Erinnerungen kollektiv bleibt, was für ihn bedeutet, „daß wir in Wirklichkeit niemals allein sind“, sondern im Sinne *Durkheims* ein Gruppenwesen. Er sucht durch zahlreiche Beispiele zu belegen, daß es neben dem individuellen stets ein kollektives oder Gruppen-Gedächtnis gibt. Jedes derartige Erinnern bleibt deshalb an die Gruppenexistenz gebunden. „Die Dauer eines solchen Erinnerns war also zwangsläufig auf die Existenzdauer der Gruppe beschränkt.“ Hieran knüpft sich folgerichtig eine Analyse der Differenz zwischen kollektivem und „historischem“ Gedächtnis. „Ich trage einen Bestand historischer Erinnerungen in mir, den ich durch

Unterhaltungen oder Lektüre bereichern kann.“ In der Tat lassen sich hierfür, gerade aus deutscher Sicht, zahlreiche Belege beisteuern. In dem folgenden Kapitel schließlich, „Das kollektive Gedächtnis und die Zeit“, kommt deutlich zum Ausdruck, daß Halbwachs nicht nur ein Schüler *Durkheims*, sondern auch Henri *Bergsons* war. Uns faszinieren dabei gleich wieder seine einleitenden Ausführungen über die soziale Einteilung der Zeit, die uns ins Gedächtnis rufen, daß wir erst seit ganz kurzem im chronometrischen, davor aber Jahrhunderttausende im sozialen Zeitalter gelebt haben. Konsequentermaßen muß daher die kollektive Zeitdauer als die einzige Grundlage des sogenannten individuellen Gedächtnisses erscheinen.

Das abschließende — wenn auch, wie gesagt, nicht abrundende — Kapitel behandelt sodann das kollektive Gedächtnis in seinem Verhältnis zum Raum. Hier geht es zunächst um den räumlichen Rahmen der Gruppe und die Macht des materiellen Milieus, aber auch der juristische, der wirtschaftliche und der religiöse „Raum“ kommen in ihrer Effektivität zu ihrem Recht, vor allem im Hinblick auf diejenigen Gruppierungen, die scheinbar keine räumlichen Grundlagen haben. Dennoch gipfelt dieser Teil der Untersuchung von Halbwachs in dem Nachweis des Sicheinfügens des kollektiven Gedächtnisses in den Raum. „Man wird sagen, daß es in der Tat weder eine Gruppe noch eine kollektive Tätigkeitsart gibt, die nicht in irgendeiner Beziehung zu einem Ort steht, d. h. zu einem Teil des Raumes, daß dies jedoch keineswegs hinreichend erklärt, daß man, wenn man sich das Bild des Ortes vergegenwärtigt, veranlaßt wird, an eine bestimmte, mit ihm verbundene Unternehmung der Gruppe zu denken.“ Freilich ist dabei, wie schon angedeutet, nicht nur der physikalische Raum gemeint. Kurz, niemand, der sich sofort in Deutschland mit wissenssoziologischen Problemen befaßt, wird sich länger auf Unkenntnis dieser, trotz ihres fragmentarischen Charakters, fundamentalen Schrift herausreden können. Es ist sicher, daß sie auch bei uns künftig zum eisernen Bestand der soziologischen Literatur zählen wird. Das ebenso kurze wie instruktive Geleitwort von Heinz *Maus* bietet zudem eine höchst erwünschte Einführung.

Gottfried Eisermann, Bonn

*Jaime Vicens Vives: An Economic History of Spain; with the collaboration of Jorge Nadal Oller. Princeton, N. J. 1969. Princeton University Press. 825 S.*

Wer die Geschichte der europäischen Industrialisierung vorzutragen hat, muß sich in der Regel mit dem Dreigestirn England, Frankreich, Deutschland zufrieden geben, nicht zuletzt aus Mangel an brauchbaren, dem Studenten sprachlich zugängigen Textbüchern. Die Übersetzung der z. T. erweiterten *Historia económica de España* von 1955 des führenden, 1960 verstorbenen katalanischen Wirtschaftshistorikers ermöglicht, am Beispiel eines im wesentlichen mißlungenen Industrialisierungsprozesses die Bedingungen nachhaltigen Wirtschaftswachstums schärfer herauszuarbeiten und damit sowohl ein differenziertes Bild

der europäischen Industrialisierung zu zeichnen wie auch westeuropäisch-kapitalistischer Selbstgerechtigkeit einen Dämpfer aufzusetzen.

Vicens Vives holt weit aus und schildert nach einer einleitenden Diskussion der Bedeutung geographischer Faktoren für die spanische Wirtschaftsgeschichte im ersten Kapitel die vorgeschichtliche, römische und westgotische Wirtschaft. Im zweiten Kapitel behandelt er die Feudalwirtschaft der maurischen und christlichen Reiche bis zum Beginn der Reconquista im 12. Jahrhundert. Das dritte Kapitel ist mit *Urban Economy* überschrieben und umfaßt die folgenden drei Jahrhunderte bis etwa zum Regierungsantritt der *Reyes Católicos*. Als Patriot, doch nicht zu Unrecht, sieht der Verfasser für das 15. Jahrhundert Katalonien-Aragon als den wirtschaftlich fortschrittlichsten, am wenigsten von hierarchischen und militärischen Prinzipien bestimmten Teil Spaniens. (Über Katalonien-Aragon im 15. Jh., eines seiner beiden Hauptforschungsgebiete, veröffentlichte Vicens Vives häufig in katalanischer Sprache.) Das vierte Kapitel mit *Mercantilist Economy* betitelt, ist das längste, was verständlich ist, da sich die internationale Spanienforschung nach wie vor am stärksten mit dem 16. und 17. Jahrhundert beschäftigt. Wesentliche deutschsprachige Diskussionsbeiträge\* werden zwar in der insgesamt 54seitigen Bibliographie zitiert, doch bleibt der Eindruck, daß dieselben im Text nicht immer die wünschenswerte Berücksichtigung gefunden haben. Im fünften Kapitel behandelt der Verfasser die wirtschaftliche Umgestaltung Spaniens im 18. Jahrhundert und schildert recht detailliert die Reformbestrebungen und oft beträchtlichen Reformfolge in den einzelnen Wirtschaftssektoren und Sozialbereichen. Für diese Periode wird man jedoch weiterhin lieber zur Arbeit meines hiesigen Kollegen *Herr* (*Richard Herr: The Eighteenth-Century Revolution in Spain*. Princeton 1958.) greifen, da Vicens Vives stärker am 19. Jahrhundert interessiert war. *The Impact of the Industrial Revolution* ist der Titel des letzten Kapitels und umschreibt zugleich das zweite größere Forschungsgebiet von Vicens Vives. Wie für das 15. Jahrhundert behauptet er auch für das 19. Jahrhundert eine Führungsrolle Kataloniens. Industrielle Kräfte habe es dort in größerer Zahl gegeben, und die bürgerlichen Ideale, Methoden und Organisationsformen seien von dort ins übrige Spanien verpflanzt worden.

Der Verfasser untermauert seine Ausführungen durchweg mit zahlreichen statistischen Angaben, doch findet man nur selten eine rigorose Analyse der wirtschaftlichen Tatbestände, die den Ansprüchen moderner Wirtschaftstheorie genügen kann. So erinnert das Werk in Darstellung und Methode an die Arbeiten *J. H. Claphams* aus den 20er und 30er Jahren; es ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem noch fernen Ziel.

Karl W. Hardach, Berkeley/Calif.

\* Hermann *Kellenbenz*: Spanien, die nördlichen Niederlande und der skandinavisch-baltische Raum in der Weltwirtschaft und Politik um 1600. VSWG, Bd. 41 (1954). — Hermann *Kellenbenz*: Unternehmerkräfte im Hamburger Portugal- und Spanienhandel, 1590 - 1625. Hamburg 1954. — Jacob *van Klaveren*: Europäische Wirtschaftsgeschichte Spaniens im 16. und 17. Jahrhundert. Stuttgart 1960.

*Georg von Below*: Geschichte der deutschen Landwirtschaft des Mittelalters in ihren Grundzügen. Aus dem hinterlassenen Manuskript herausg. von Friedrich *Lütge*. 2. unveränd. Aufl. Stuttgart 1966. Gustav Fischer. VIII/114 S.

In dem reichen Nachlaß von Below fand *Lütge* ein Manuskript mit der Aufschrift „Die großen Linien in der Geschichte der deutschen Landwirtschaft“, von dem ein Teil abgeschlossen war und für die Veröffentlichung verwendet werden konnte. Der Stoff wird in drei Abschnitten gebracht: I. Die Grundlagen (die Urzeit), II. Die Ausbildung der großen Grundherrschaften (von der Völkerwanderung bis zum Ausgang der Karolinger), III. Die Agrarverfassung der Feudalzeit (vom Ausgang der Karolingerzeit bis zum Ende des Mittelalters). Einheitlich weisen alle drei Abschnitte die Unterabteilung A auf: Eigentums- und Besitzverhältnisse. Während zu den Abschnitten I und II noch jeweils der Unterabschnitt B (I: Die technische Seite der Landwirtschaft, II: Die technischen Fortschritte in der Landwirtschaft) hinzukommt, fehlt diese weitere Unterteilung im Abschnitt III. Der Herausgeber hielt sich nicht für berechtigt, auf Grund des von Below zusammengetragenen Materials den Teil B hinzuzufügen. Das Schwergewicht der Darstellung liegt auf den Abschnitten II und III, eine Zeit umfassend, deren Erforschung etwas vernachlässigt wurde, der aber die Lebensarbeit des Verfassers besonders gewidmet war.

*Lütge*, der wie kein anderer auf Grund seiner eigenen guten agrar-geschichtlichen Darstellungen dazu berufen war, die vorliegende Schrift herauszugeben, ließ den Text unangetastet und änderte nur dem Inhalt entsprechend den Titel. Er hat dankenswerterweise in besonders gekennzeichneten Fußnoten den Leser auf neuere Literatur und in einigen wichtigen Fällen auch auf abweichende Ansichten hingewiesen. Das mehrere Jahre vor dem Tod von Below (1927) fertiggestellte Manuskript gab *Lütge* 1937 heraus, und auf Grund der vorhandenen Nachfrage erschien 1966 die zweite Auflage als photomechanische Vervielfältigung. Obwohl in den letzten 40 Jahren mancherlei neue Untersuchungen auf dem von Below behandelten Gebiet durchgeführt und mancherlei neue Erkenntnisse gewonnen worden sind, hat *Lütge* auf ein näheres Eingehen abweichender Ansichten bewußt verzichtet, um die Geschlossenheit der Belowschen Darstellung nicht zu stören. Wir müssen dem in der Zwischenzeit verstorbenen Herausgeber der vorliegenden Schrift dankbar sein. In ihr bietet Below ganz besonders Wertvolles. Der interessierte Leser wird gut in die damaligen wissenschaftlichen Kämpfe um manche heute noch immer wieder einmal auftauchende Theorie eingeführt und mit den einschlägigen Schriften jener Zeit bekanntgemacht. Es lohnt sich auch heute noch, die kleine Schrift über die Agrarverhältnisse jener Jahrhunderte zur Hand zu nehmen und sorgfältig zu lesen.

Bruno Schultz, Berlin

*Richard Tilly: Financial Institutions and Industrialization in the Rhineland 1815-1870.* Madison, Milwaukee und London 1966. The University of Wisconsin Press. 197 S.

Die Industrialisierung Deutschlands ist seit einigen Jahren ein bevorzugter Forschungsgegenstand von Wirtschaftshistorikern. Aus diesem Generalthema greift Tilly ein bislang noch wenig behandeltes Spezialthema heraus: monetäre Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Ziel seiner Untersuchung umschreibt Tilly folgendermaßen: „This book investigates the role played by financial institutions in the industrial development of the Prussian Rhineland between 1815 and 1870“ (S. VII). Es ist zunächst zu fragen, woran diese Rolle gemessen werden kann. Zu denken ist an 1. einen Zusammenhang zwischen Finanzinstitutionen und Geldmenge, dann 2. an einen (Ursache-Wirkung-) Zusammenhang zwischen Veränderung der Geldmenge und Wirtschaftswachstum. Das Schwergewicht der Arbeit liegt eindeutig beim ersten Problemkreis. Die Frage lautet: Welche Rolle spielten die Finanzinstitutionen a) bei der Geldvermittlung zwischen Sparer und Investor und b) bei der Schöpfung von Geld und Geldsurrogaten? Ferner: Wie paßten sich Finanzinstitutionen an sich ändernde Daten (wirtschaftspolitische Maßnahmen der preußischen Regierung, wirtschaftliche Entwicklung der untersuchten Region) an? Daß es sich bei der vorliegenden Arbeit überwiegend um eine Geschichte von Institutionen handelt — und weniger um eine Untersuchung des Einflusses des Bankensystems auf das Wirtschaftswachstum — zeigen dann die Kapitelüberschriften deutlich: Münzwesen; Zentralbankpolitik; Privatbanken; Herkunft und Quellen; die Privatbankiers als Kapitalbeweger; die Leihpolitik privater Banken; die Entwicklung der Investitionsbanken (investment banking); Bankvereine und andere Finanzinstitutionen.

Die knapp, klar und sehr informativ geschriebene Geschichte von Finanzinstitutionen wird dargestellt an empirischen Befunden aus der preußischen Rheinprovinz. Fazit von Tilly: Die von der Landaristokratie beeinflusste Regierung in Berlin hemmte durch ihre Geld- und Bankpolitik im Rheinland die Industrialisierung ihrer Westprovinzen; diese restriktive (und gegenüber anderen preußischen Provinzen diskriminierende) Politik wurde indes von rheinischen Unternehmern und Bankiers „umgangen“; dies geschah mit dadurch, daß sich Finanzinstitutionen und Finanztechniken entwickelten, die den Anforderungen der Geschäftswelt (business community) und den Notwendigkeiten einer wirtschaftlichen Entwicklung entsprachen. Nach Tillys Meinung zeigt das Wirtschaftswachstum in den Rheinprovinzen, daß Industrialisierung keineswegs unvereinbar war mit einer konservativen, autoritären sozialen und politischen Ordnung (S. 17).

An die Untersuchungen Tillys schloß sich eine erfreuliche Diskussion an, die einmal unmittelbar an die Thesen Tillys anknüpfte (vgl. P. C. Martin: Monetäre Probleme der Frühindustrialisierung am Beispiel der Rheinprovinz, 1816-1848. Jb. f. Nat. ök. u. St., Bd. 181 [1967/68], S. 117 ff.); sie führte zum ändern den monetären Ansatz der Industria-

lisierungsforschung zeitlich und inhaltlich weiter (vgl. E. Eisert: Die Beeinflussung des Wirtschaftswachstums in Deutschland von 1883 bis 1913 durch das Bankensystem). Tilly selbst dehnte an anderer Stelle seine These, „die Regierung in Berlin hemmt die Industrialisierung in Westfalen“, aus auf die preußische Steuerpolitik (Richard Tilly: Fiscal Policy and Prussian Economic Development, 1815 - 1866. In: Troisième Conférence Internationale d'Histoire Economique. München 1965, 1968).

Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen.

Eckart Schremmer, Heidelberg

*Internationales Autorenkollektiv* (Hrsg.): Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen. (Übersetzung aus dem Russischen.) Düsseldorf 1965. Brücken-Verlag GmbH. 540 S.

Das vorliegende Buch ist aus dem Russischen übersetzt, jedoch sind in der deutschen Ausgabe einige Kapitel hinzugefügt. Es handelt sich nicht um eine Geschichte volkswirtschaftlicher Lehrmeinungen, wie wir sie im deutschen Schrifttum haben. Durch das Buch soll in der deutschen marxistischen ökonomischen Literatur eine empfindliche Lücke geschlossen werden, wohlgermerkt in der „deutschen marxistischen“ Literatur. Marxistische Ökonomen machen, so heißt es im Vorwort, historisch-ökonomisch interessierten Lesern zum ersten Mal eine Gesamtdarstellung der Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen zugänglich. Der Leser muß sich bei der Lektüre ständig zwei Sätze vergegenwärtigen, nämlich den einen aus dem Vorwort: „Die Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen ist eine parteiliche Wissenschaft“ (S. 13) und den anderen auf S. 515: „Das Programm der KPdSU legte die Aufgaben der ökonomischen Wissenschaft in Perioden des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus dar.“

Behandelt werden die ökonomischen Lehrmeinungen im alten Asien und in der antiken Welt (Sklavenhaltergesellschaft) S. 15 - 23, der Feudalgesellschaft S. 23 - 63, der Epoche des Kapitalismus S. 64 - 340 und der Epoche des Überganges vom Kapitalismus zum Kommunismus S. 341 - 516. „Der historische Prozeß der Entstehung und Entwicklung der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie stellt“, heißt es auf S. 14, „den Hauptinhalt der Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen dar“. Daher werden die Vertreter der ökonomischen Lehrmeinungen vor *Marx* äußerst kurz behandelt; schon auf S. 131 beginnt die Darstellung von *Marx*. Bis dahin wird hin und wieder eine Lehre hervorgehoben, die auf den Marxismus zuführt, insbesondere auf die Mehrwertlehre. Durch deren Begründung und die Entdeckung der materialistischen Geschichtsauffassung wurde der Sozialismus von einer Utopie in eine Wissenschaft verwandelt (S. 128). Die Darstellungen der Lehren von *Marx* und *Engels* einerseits und von *Lenin* andererseits sowie ihre Auseinandersetzungen mit Vertretern der Wissenschaft, die sich nicht zu den genannten Klassikern des Marxismus bekennen, nehmen einen weiten Raum ein. „Das Kapital“ von *Marx* wird auf S. 176

als „Schlüssel für das Verständnis der neuen Erscheinungen des gegenwärtigen Kapitalismus“ betrachtet. Von den westeuropäischen Ökonomen soll das Werk mit einem Schweigekomplotz aufgenommen worden sein (S. 226). Demgegenüber sei in Rußland die wissenschaftliche Bedeutung des „Kapital“ auch von der bürgerlichen Presse anerkannt worden. Der Leninismus ist die direkte Fortsetzung und Weiterentwicklung des Marxismus in einer neuen historischen Epoche. Die Autoren geben überwiegend Exzerpte aus einer ganzen Anzahl Schriften von *Lenin*, in denen insbesondere die zum Teil recht weitschweifigen Auseinandersetzungen *Lenins* mit seinen Gegnern der verschiedensten Richtungen dargestellt werden. Das vorliegende Buch entstand in der Zeit des sogenannten Tauwetters in der UdSSR, daher werden *Stalin* ernsthafte Fehler in den Fragen der Bedingungen des Überganges vom Sozialismus zum Kommunismus vorgeworfen.

Interessant sind Darstellungen und Beurteilungen der „bürgerlichen“ Nationalökonomien. Einige Beispiele: Auf S. 199 heißt es: „Die Gruppe *Schmoller* (zu der Adolph — richtig Adolph — *Wagner* und andere Kathedersozialisten gehörten) war gewissermaßen eine Propagandaabteilung Bismarcks.“ Mit Schmunzeln wird man lesen, was auf S. 201 über *Sombart* geschrieben ist. Die Grenznutzentheorie sei von Anfang bis Ende aus der Luft gegriffen; sie solle nur von der entscheidenden Voraussetzung für die Wertbildung ablenken (S. 207). Ihre Zählebigkeit erkläre sich aus der Tatsache, daß sie eine äußerst wichtige apologetische Funktion erfülle. *Böhm-Bawerks* Zinstheorie wird nicht erwähnt, wie überhaupt mancher wichtige Vertreter unserer Wissenschaft fehlt. Was über *Thünen* gebracht wird, ist dürftig, das gilt auch von *Lassalle*. Bei Behandlung der bürgerlichen Nationalökonomien wie auch des „Rechtssozialismus“ wird immer wieder der gräßliche Ausdruck „entlarvt“ bzw. „Entlarvung“ gebraucht. Man denkt an die bekannte Äußerung: „Und wie er sich räuspert, und wie er spuckt.“ Eingegangen wird auch kurz auf die Hauptthesen der katholischen Soziallehre und die Ökonometrie. Im letzten Teil des Buches werden die Lehren des sowjetischen Sozialismus bzw. Kommunismus, insbesondere sein Programm und seine Aufgaben, gebracht. „Die ökonomische Wissenschaft“, mit diesem Satz schließt das Buch, „ist dazu berufen, am Aufbau der kommunistischen Gesellschaft aktiv mitzuwirken“.

Wer eine Geschichte der Volkswirtschaftslehre lesen will, lege das Buch beiseite, wer eine gute Darstellung der sich wandelnden Lehre des Kommunismus sucht, lese dieses Buch.

Zu begrüßen ist, daß die Autoren den deutschen Leser mit manchen russischen, polnischen und anderen osteuropäischen Vertretern unserer Wissenschaft bekanntmachen; das ist weitgehend interessant. Freilich wird auch diese Auswahl durch das thema probandum des Buches bestimmt und für den deutschen Leser manches zu breit dargestellt oder ist für ihn überflüssig. Auch enthält das Buch manche gute Bemerkung.

Auf einige Irrtümer sei noch kurz hingewiesen. *Colbert* hat die Manufakturen in Frankreich aber nicht in der ersten (S. 40), sondern in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts vorangetrieben. *Quesnay* hat nicht einen Artikel über die Pacht, sondern über die Pächter geschrieben (S. 52). Auf S. 222 oben muß es 19., nicht 18. Jahrhundert heißen. Gelegentlich stimmen einige Jahreszahlen nicht.

In dem umfangreichen Literaturverzeichnis von S. 517 bis 536 nehmen die Schriften von *Lenin* allein über acht Seiten ein. Das Jahr des ersten Erscheinens einer Schrift sollte angegeben werden; man kann doch nicht z. B. die „Theorien über den Mehrwert“ aus den Jahren 1956 und 1959 datieren (S. 523). Selbstverständlich könnte für den Leser dann noch die heute schnell greifbare Fundstelle aus den Dietz-Büchern genannt werden.

Bruno Schultz, Berlin

*Karl Brandt*: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Vorlesung zum Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge. Freiburg im Breisgau 1970. Verlag Rombach. 156 S.

Als 12. Band der Reihe „rombach hochschul paperback“ hat Karl Brandt eine Einführung in die Volkswirtschaftslehre geschrieben und hierbei auf eine Vorlesung zurückgegriffen, die sich an Studienanfänger der Wirtschaftswissenschaft und an interessierte Hörer aller Fachrichtungen wendet. Das Buch soll einen ersten Überblick über die theoretischen Grundlagen und Hauptfragen der Nationalökonomie vermitteln und weder fertige Lösungen noch detaillierte Lernanweisungen liefern, sondern dartun, „wie vielfältig die Denkansätze des Ökonomen sind, vor welchen komplizierten Zusammenhängen er meistens steht und daß ihm oftmals gar keine andere Wahl bleibt, als zu rigorosen Vereinfachungen zu greifen, wenn überhaupt eine problembezogene Analyse gelingen soll“ (S. 7).

Der Verfasser schildert eingangs die Wirtschaft als Erfahrungs- und Erkenntnisobjekt sowie das Verhältnis von Wirtschaft und Wirtschaftslehre und definiert die wichtigsten Grundbegriffe. Alsdann umreißt er den Bereich der Planung und Entscheidungsbildung in privaten Haushalten, Unternehmungen und Staat und steckt die natürlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab (Wirtschaftsordnung, Wirtschaftsraum und Wirtschaftsstruktur, demographische Daten, technisches Wissen und technischer Fortschritt). Die Veranschaulichung der Güter- und Geldströme setzt bei der Vermögens- und Einkommensrechnung der Entscheidungseinheiten an und mündet in eine knappe Interpretation von Volksvermögen und Volkseinkommen und der generellen Kreislaufbeziehungen ein. Im folgenden Kapitel erörtert Brandt die Koordination und Steuerung des Wirtschaftsprozesses (Gleichgewichtsbegriff, Prozeßkoordination durch den Preismechanismus, Einkommensverteilung, monetäre Steuerung des Wirtschaftsablaufs und nicht-marktbedingte Interdependenzen) und im Schlußabschnitt einige Elemente der Wachstums- und Konjunkturtheorie.



Alles in allem erreicht dieses klar und flüssig formulierte Studienwerk seinen Zweck, den Leser neugierig zu machen und anzuspornen, mehr von der Wirtschaft wissen zu wollen, als eine solche summarische Einleitung zu geben vermag. Ein reichhaltiges Register bestätigt das breite Spektrum der zur Sprache gebrachten Sachverhalte.

Antonio Montaner, Mainz

*Bernd Schips: Zur Theorie des optimalen Wachstums.* Meisenheim am Glan 1969. Anton Hain. 88 S.

Bereits seit geraumer Zeit gehört die Theorie des optimalen wirtschaftlichen Wachstums zu den von vielen Ökonomen bevorzugten Untersuchungsgebieten. Noch immer kaum ein Zeitschriftenband, in dem nicht eine Abhandlung dieses Forschungsgebiet vertieft. Parallel dazu werden in gleichem Umfang Monographien veröffentlicht, die immer verfeinere mathematische Methoden zur Ermittlung des optimalen Wachstumspfades und zur Begründung seiner Existenz vorführen. Insofern ist die Arbeit des Verfassers hochaktuell.

Das Wachstumsmodell selbst, das Schips einer Analyse zugrunde legt, ist von *Vosgerau* (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 42, 1965, S. 79 ff.) übernommen, enthält also Welfare-Überlegungen, technischen Fortschritt und ist darüber hinaus durch einen bildungsökonomischen Ansatz bereichert.

Ziel des Verfassers ist es, einen optimalen Gleichgewichtspfad wirtschaftlichen Wachstums zu beschreiben, bei dem nicht die so häufig gemachte Prämisse einer konstanten Quote der Realkapitalbildung gemacht zu werden braucht. Dies erfolgte bisher schon durch zahlreiche, neoklassische Ansätze. Dabei jedoch ist immer ein unendlich langer Zeithorizont unterstellt. Betrachtet man allerdings endliche Zeiträume, für die nicht mehr unmittelbar ein gleichgewichtiges Wachstum unterstellt werden kann, so ergibt sich rein formal ein Problem. Das Optimierungsproblem bedarf adäquater Optimierungstechniken. Und hier liegt das eigentliche Verdienst der Arbeit, mit bisher nicht angewendeten Verfahren das bisher ungelöste Problem doch noch zu lösen. Es handelt sich bei diesem Verfahren um die Anwendung des Maximumprinzips von *Pontryagin* u. a. (*Bol'tyanski, Gamkrelidze und Mishchenko*).

Die Arbeit von Schips stellt also einen durchaus fruchtbaren Beitrag zur modernen Wachstumstheorie dar. Trotzdem sollte man die Frage aufwerfen, ob man sich heute eigentlich noch bewußt ist, mit welchem Ziel und mit welcher Intention seinerzeit der wachstumstheoretische Denkansatz durch *Harrod* aufgeworfen wurde. Es sollten langfristige Konsequenzen der auf Erfahrungen beruhenden monetären Theorie von *Keynes* — man mag zu ihr stehen, wie man will — aufgedeckt und in den Griff zu bekommen versucht werden. Heute dagegen geht man den umgekehrten Weg; man beginnt Theorien zu bauen, zu ver-

feinern, und fragt erst dann, wenn überhaupt, nach dem Realitätsbezug. Dies wäre der grundlegende Einwand an der vorliegenden Arbeit.

Manfred Borchert, Marburg a. d. L.

*Michael Bohnet*: Die Konzepte der „External Economies“ unter besonderer Berücksichtigung ihrer Bedeutung für Entwicklungsländer. Zum Problem der binnenwirtschaftlichen Integration. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 130 S.

Im Vorwort wird die Zielsetzung der Arbeit dahingehend formuliert, die eigentlichen Problembereiche aufzuzeigen, die sich hinter dem „schillernden Begriff external economies“ verbergen. An anderer Stelle (S. 14) heißt es kritischer: „In dieser Arbeit soll untersucht werden, ob mit den external economies irgend etwas umschrieben wird, was mit den üblichen Begriffen und Instrumenten der Volkswirtschaftslehre nicht erfaßt werden kann.“ Die Antwort darauf ist negativ. Der Verfasser ist der Auffassung, daß man auf den Begriff der external economies verzichten kann, „da lediglich Umweltfaktoren bzw. Marktinterdependenzen mit ihm umschrieben werden“ (S. 96).

Warum es sich lohnt, über diesen Nachweis hinaus die „verborgenen Problembereiche“ der external economies in einer besonderen Studie zu untersuchen, wird folgendermaßen begründet: Für die Gruppe der im ersten Hauptteil behandelten außermärklichen external economies heißt es: „Die Diskussion ist jedoch verdientvoll, da durch sie auf jene Einflußgrößen, die produktionsnotwendig sind, jedoch keinen Preis erzielen, neu aufmerksam gemacht wurde“ (S. 61). Für die Behandlung der marktmäßigen external economies des zweiten Hauptteils sei festzuhalten, „daß durch sie auf das Problem der wenig entwickelten Binnenmärkte in Entwicklungsländern aufmerksam gemacht wurde“ (S. 67/68, ähnlich S. 78).

Vier Fälle der außermärklichen external economies werden behandelt: der *Meadesche* Standardfall; die Problematik des Sozialkapitals; die unentgeltliche Qualitätsverbesserung von Faktoren in Gestalt 1. von Kommunikationsübertragungen (einschl. des „On-the-job-training“) und 2. der Induzierung technischer Neuerungen. Die Aufnahme der beiden letzten Fälle ist grundsätzlich begrüßenswert. Die vorliegende Darstellung kommt aber über Selbstverständliches und Formalisierungen wenig hinaus. Als gemeinsames Ergebnis für diese Gruppe „durch menschliche Aktivität gestaltbarer Umweltfaktoren, die auf die Produktion günstig einwirken“, wird „die Vermutung geäußert, daß der Versuch, die nicht bewertbaren Umweltfaktoren in die Theorie zu integrieren, grundsätzlich scheitern muß. Wenn sich diese These bestätigt, so wird es auch in Zukunft nicht gelingen, wirtschaftspolitisch operable Kriterien abzuleiten, die zum Beispiel eindeutig bestimmen, in welchem Ausmaß spezifische Umweltfaktoren erzeugt werden müssen, um ein genau fixiertes Produktionsvolumen zu erreichen“ (S. 95).

Erst im zweiten Hauptteil kommt der Verfasser zum Thema Entwicklungsländer. Hier verbindet er die Darstellung der marktmäßigen external economies horizontaler und vertikaler Art mit den beiden Hauptstrategien zur Entwicklung bzw. Integration von Entwicklungsländer-Märkten: dem ausgewogenen und dem unausgewogenen Wachstum. Ergänzt wird diese Kombination durch einige Hinweise zur „Stärke der Induzierungseffekte“, zur „Bedeutung der Elastizitäten für die Transmission marktmäßiger external economies“ und zur wirtschaftspolitischen Problematik: Markt versus Plan. Dieser zweite Hauptteil bringt praktisch nichts Neues. Vielmehr handelt es sich vornehmlich um eine gelungene, wenn auch beinahe schon lexikalische Zusammenfassung einer weitläufigen, sich oft wiederholenden Literatur über dieses Integrationsproblem der Entwicklungsländer. Das hat durchaus seine Meriten als verdienstvolle Einführung, die den sonst üblichen Aufwand auf die wesentlichen Aspekte begrenzt. Für diesen zweiten Hauptteil ist unter denselben Gesichtspunkten auch der mathematische Anhang über die Bestimmung von Verrechnungspreisen durchaus sinnvoll, was für die Ableitung des *Meadeschen Falls* (im ersten mathematischen Anhang) kaum behauptet werden kann.

Insgesamt fragt man sich nach der Lektüre, ob sich der Verfasser wirklich ein ersprießliches Thema gestellt hat. Das lose Nebeneinanderstellen von Teilbereichen bleibt unbefriedigend und wenig motiviert. Inwiefern die Arbeit einen nennenswerten Beitrag zum „Problem der binnenwirtschaftlichen Integration“ leistet, ist nicht recht ersichtlich.

Detlef Lorenz, Berlin

*Hans D. Barbier*: Die Nachfrage nach Ausbildung — Eine konsumtheoretische Interpretation. Köln 1969. Carl Heymanns Verlag. 188 S.

Die Nachfrage nach weiterführender Bildung als Entscheidungsproblem von Individuen bzw. privaten Haushalten hat bislang theoretisch und empirisch vor allem in der Soziologie Beachtung gefunden, wobei gruppentheoretischen Ansätzen und Regressionsmodellen eine besondere Bedeutung zukam. Auf der Makro-Ebene ökonomischer Bildungsplanungsansätze spielt die Nachfrage nach Bildung in dem investitionstheoretischen „Ertragsraten-Ansatz“ und in Korrelations-Ansätzen von Schulbesuch und unabhängigen ökonomischen Variablen (wie Einkommensniveau) eine Rolle. Im ersten Fall handelt es sich dabei um ein hypothetisiertes investitionstheoretisches Maximierungskalkül der Bildungsnachfrage-Entscheidungen, im zweiten Fall liegt eine einzelwirtschaftliche Entscheidungsregel nicht zugrunde, vielmehr wird von empirischen Regelmäßigkeiten der Nachfrageentwicklung im makroökonomischen Zusammenhang ausgegangen. Die Arbeit Barbiers setzt hier mit dem Versuch einer mikroökonomischen Grundlegung der Nachfrage nach Ausbildung ein. Sein Interesse ist dabei vorwiegend methodischer Art im Hinblick auf die Brauchbarkeit der Konsumtheorie als Entscheidungshilfe, während das Problem des tatsächlichen Er-

klärungsgehalts der Modellansätze und damit auch die Frage ihrer praktischen Relevanz für Planungsprobleme ausgeschlossen bleibt.

In einem ersten Abschnitt werden zunächst drei Mindestanforderungen für die Brauchbarkeit eines konsumtheoretischen Wahlhandlungsmodells entwickelt. Bildung erscheint als ein Gut, das neben dem Veräußerungswert, d. h. dem produktivitäts- oder einkommenserhöhenden Effekt, auf den sich der investitions-theoretische Ansatz beschränkt, eine Komponente nicht-monetärer, psychischer Erträge (Prestigewert) und einen Optionswert der Erwerbbarkeit nachfolgender Ausbildungsgrade umfaßt. Um einen praktisch anwendbaren Entscheidungsrahmen für dieses Gut zu erhalten, muß das einfache neoklassische Nachfragekalkül modifiziert werden, nämlich erstens durch die Bildung von Güterkategorien, d. h. die Möglichkeit der Suboptimierung, zweitens durch die Einführung nomologischer Wissens, d. h. die Explikation der Transformation von Handlungsalternativen in Entscheidungsergebnisse und schließlich drittens durch die Einführung von Aktivitätspfaden (Bildungswegen) als Lösungen anstatt zeitpunktbezogener Optima.

Im Hauptteil der Untersuchung wird ein formales Modell entwickelt, das diesen Mindestanforderungen genügt. Gegenüber Impuls- und Gewohnheitsverhalten kommt den Bildungsnachfrage-Entscheidungen der Rang „echter Entscheidungen“ im Rahmen der Vermögensbildung und -nutzung des Haushalts zu. Mit Hilfe der Zweignutzenfunktion ist es möglich, die Güterkategorie „Vermögensbildung“, der das Gut Ausbildung zugeordnet wird, isoliert zu betrachten. Ausbildung wird jedoch nicht als fertiges Gut am Markt angeboten, sondern bedarf im kombinierten Einsatz mit Dienstleistungen und Sachgütern vor allem noch eigenen Zeitaufwands, so daß Transformationsbeziehungen in der Art einer Produktionsfunktion, d. h. Probleme der internen Effizienz, das Optimierungsprogramm komplizieren. Zudem erfordert Ausbildung (bzw. erzwingt sie als „strategy of precommitment“) einen hohen Grad an Planrationalität in der Bestimmung des Sparbudgets im Zeitablauf, da ein Konsumpfad einzuschlagen ist, der die Realisierung eines geplanten Kapitalbestandes (Ausbildungsabschluß) innerhalb eines bestimmten Zeitabschnitts (Ausbildungsdauer) ermöglicht.

Für die Verwendungsseite des Sparbudgets lehnt Barbier die Orientierung der Nachfrage nach Ausbildung ausschließlich an der im Entscheidungszeitpunkt gegebenen Rentabilität verschiedener Ausbildungswege als nicht ausreichend ab: Aufgrund fehlender Liquidisierbarkeit oder Beleihbarkeit von Ausbildungsinvestitionen ist ein zusätzliches Liquiditätskriterium zu berücksichtigen, ferner erfordert die Unsicherheit der künftigen Arbeitsmarktentwicklung (Obsoleszenzrisiko) die Berücksichtigung der Variabilität bzw. Allgemeinverwendbarkeit der Ausbildung. Dabei lassen mangelnde Sicherungsmöglichkeiten im Fall der Ausbildungsinvestitionen gegenüber Sachgüterinvestitionen eine besondere Entscheidungssituation entstehen. Unter Berücksichtigung des Obsoleszenzrisikos wird die Nachfrage nach Ausbildung zu einem Problem der Qualitätswahl, wie dies in der traditionellen Konsum-

theorie nur wenig Beachtung gefunden hat. Barbier versucht hier, dem Ansatz von *Lancaster* folgend, zu zeigen, daß die Haushaltstheorie für eine solche Wahlsituation ein brauchbares Entscheidungsgerüst liefert (und damit gleichzeitig Anhaltspunkte für die Ausgestaltung der qualitativen Struktur des Bildungsangebots zur Verfügung stellen kann).

Abschließend untersucht der Verfasser die Frage der optimalen Bewegung durch ein vorgegebenes differenziertes Bildungssystem, d. h. das Problem eines optimalen Verhaltenspfades in der Bildung von „Humankapital“. Hierbei spielt der Optionswert eines Ausbildungsgrades, im Hinblick auf nachfolgende Ausbildungsstufen wie auf die Zugänglichkeit verschiedener qualitativer Teilarbeitsmärkte, die entscheidende Rolle. Die Größe des Wahlbereichs, den eine einmal getroffene (Erst-)Entscheidung noch offen läßt, wird mit Hilfe des Konzeptes der *t*-Uniformität von Programmen (*Koopmans*) beschrieben, und es werden alternative Entscheidungsregeln diskutiert.

Die Arbeit Barbiers, die sich durch eine klare Sprache und präzise theoretische Argumentation auszeichnet, bringt eine Reihe bildungsökonomischer Aussagen und bildungspolitischer Forderungen in den Zusammenhang entscheidungs- und konsumtheoretischer Ansätze und trägt damit zur Integration der neuen Teildisziplin der Bildungsökonomie in das wirtschaftswissenschaftliche Lehrgebäude bei.

Hans-Joachim Bodenhöfer, Berlin

*Rolf E. Vente: Planung wozu? Begriff, Verwendung und Probleme volkswirtschaftlicher Planungen.* Baden-Baden 1969. Nomos Verlagsgesellschaft. 239 S.

Seitdem unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg einige westeuropäische Industrieländer dazu übergegangen sind, eine möglichst rasche Lösung der damaligen Probleme des wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf der Grundlage einjähriger Nationalbudgets und/oder mehrjähriger volkswirtschaftlicher Rahmenpläne anzustreben, zählt die vielschichtige Problematik solcher Planungen zu den zentralen Themen wirtschaftswissenschaftlicher Diskussionen. Wie anregend und bisweilen geradezu faszinierend diese Thematik in den vergangenen Jahren gewesen ist, geht vor allem aus der inzwischen schon kaum mehr übersehbaren Flut einschlägiger Publikationen hervor, die ständig weiter anschwillt. Gleichwohl aber wäre es voreilig, daraus die Vermutung abzuleiten, daß zumindest grundlegende Aspekte der volkswirtschaftlichen Planungsproblematik mittlerweile abschließend geklärt sein müßten. Bei näherer Betrachtung offenbart sich sogar eher das Gegenteil. So gehen beispielsweise selbst die Auffassungen darüber, was denn überhaupt unter einer volkswirtschaftlichen Planung sinnvollerweise verstanden werden soll oder kann, heute mehr denn je auseinander. Um so begrüßenswerter erscheint es daher, wenn die Diskussion gelegentlich wieder auf elementare Fragestellungen zurückgeführt und versucht wird, eine allgemein akzeptable Ausgangsbasis für einen neuerlichen

Anlauf zur Erfassung und Klärung der vielfältigen Planungsproblematik zu schaffen.

Um einen solchen Versuch handelt es sich auch bei der vorliegenden Habilitationsschrift von Vente, die im Unterschied zu vielen anderen einschlägigen Studien nicht darauf abzielt, bereits angewandte Planungsmodelle und -techniken empirisch zu überprüfen oder gar neue Planungsmethoden zu entwickeln und deren Praktikabilität darzulegen. Worauf es dem Verfasser vielmehr ankommt, ist die Beantwortung der Frage, „was die (bisher bekannten; K.) Planungstechniken denn nun eigentlich leisten können und was nicht“ (S. 9). Dabei bezieht sich das „Können“, wie einerseits einleitend erklärt wird, nicht auf die technische Leistungsfähigkeit der verschiedenen Planungsmethoden; es wird vielmehr von den möglichen oder auch tatsächlichen Aufgabenbereichen der Planung her gemessen. „Nicht die Planungsmaschinerie als solche interessiert hier, sondern wohin man sich mit ihr bewegen kann“ (S. 10). Da es andererseits schon zwei Sätze später heißt, die Absicht der Untersuchung sei es somit, „mögliche Ansatzpunkte aufzuzeigen, den möglichen Einsatzbereich abzustecken (und zwar ‚möglich‘ immer gemessen an der Leistungsfähigkeit der Planungstechniken)“, geht der Verfasser offenbar davon aus, daß erstens die technische Leistungsfähigkeit der bisherigen Planungsmethoden unbestritten sei und es deshalb zweitens nur noch darauf ankomme festzustellen, „auf was denn nun die Planungstechniken angesetzt werden könnten“ (S. 10). Diese Ausgangsposition erscheint indessen ebenso fragwürdig wie die weitere, ebenfalls einleitend getroffene Behauptung Ventes, der Frage des „Wie“ der Planung sei bisher weitaus mehr Aufmerksamkeit geschenkt worden als der nach dem „Wohin“ und „zu welchem Ende“. Allein die langjährigen ordnungspolitischen Auseinandersetzungen, zu denen beispielsweise die französische Planification oder mehr noch die „Alten“ wie auch die „Neuen ökonomischen Systeme“ des Sozialismus bisher Anlaß gegeben haben, dürften keinen Zweifel an der Unhaltbarkeit dieser Behauptung lassen.

Sieht man jedoch von diesen verfehlten Grundannahmen ab, von denen Vente bei seiner Untersuchung ausgeht, und stellt man den teilweise wohl auch durch sie bestimmten Tenor seiner Betrachtungen entsprechend in Rechnung — der Verfasser ist, wie er selber erklärt, „daran interessiert, daß Planung ... eine größere Chance erhält, das heißt, daß die Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt betreffende Entscheidungen rationaler, vernünftiger, reflektierter zustandekommen“ (S. 10 f.) —, so verdienen seine Ausführungen vor allem in zweifacher Hinsicht Beachtung: Einmal wird im ersten Teil der Arbeit mit bisher seltener Klarheit dargelegt, daß ein Großteil der Skepsis, die den herkömmlichen Planungsbegriffen begegnet und vielfach sogar durch diese Begriffe selber provoziert worden ist, aus einem grundlegenden Mißverständnis der Planungsfunktion im Hinblick auf die einzelnen, zumeist nicht scharf genug voneinander unterschiedenen Phasen des Entscheidungsprozesses resultiert. Ebenso eindrücklich wird

zum andern im zweiten Teil der Studie dargelegt, daß die anzustrebende Rationalität der Entscheidungen nur dann zu erreichen ist, wenn die Planung in der Vorbereitungsphase nicht, wie bisher weithin üblich, auf das Problem der optimalen Mittelallokation beschränkt, sondern auch auf die Auswahl der Ziele ausgedehnt wird. In diesem Zusammenhang verdient auch eine von Vente entwickelte Systematik der möglichen Anwendungsbereiche der Planung besonderes Interesse, die zwar sehr abstrakt erscheint, aber durch entsprechende Beispiele verdeutlicht wird. Die abschließenden Betrachtungen beziehen sich auf die möglichen Wirkungen, die von der Planung ausgehen können. Hier vor allem wird auch deutlich, daß sich der Verfasser einiger grundlegender Schwächen der Planung als Instrument einer rationalen Wirtschaftspolitik durchaus bewußt geblieben ist. Insgesamt gesehen, handelt es sich um eine Studie, die trotz gewisser Vorbehalte in der Tat geeignet erscheint, die inzwischen reichlich verworrene Planungsdiskussion wieder in lichtere Gefilde zurückzuführen.

Karlheinz Kleps, Linz

*Urs Lendi: Stabilitäts- und wachstumsorientierte Einkommenspolitik und ihre Ergänzung durch die kurz- und längerfristige allgemeine Wirtschaftspolitik. Zürich und St. Gallen 1969. Polygraphischer Verlag. 265 S.*

Die Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen der Einkommenspolitik ist nicht immer mit der wünschenswerten Sachlichkeit geführt worden, insbesondere weil die Vertreter der beiden direkt betroffenen Gruppen versuchen, ihre Interessenstandpunkte durch wissenschaftliche Argumentation zu rechtfertigen.

Mit diesem Band möchte der Verfasser zur Beschleunigung des Rationalisierungsprozesses der Einkommenspolitik beitragen (S. VII). Dieser Beitrag wird jedoch sofort in Frage gestellt, wenn man erfährt, daß das Buch — obwohl erst 1969 herausgekommen! — fast ausschließlich nur die Literatur berücksichtigt, die bis Mitte 1967 erschienen war. Lendi leistet dann auch, vom heutigen Stand gesehen, kaum einen weiterführenden Beitrag, sondern bietet hauptsächlich eine zurückschauende Zusammenfassung. Die einkommenspolitische Diskussion der Jahre 1968 und 1969 hat weit über den von Lendi markierten Stand hinausgeführt.

In einem kurzen einleitenden Teil erfolgt zunächst eine Definition der Einkommenspolitik, aus der sich eine weitgehende Beschränkung auf stabilitäts- und wachstumsorientierte Leitlinienvorgabe für Löhne und Gewinne ergibt. Durch die strikte Ablehnung einer Gewinnpolitik im dritten Teil wird diese Definition jedoch durchbrochen und Einkommenspolitik mit Lohnpolitik gleichgesetzt.

Im zweiten Teil, der ziemlich genau die Hälfte des Buches ausmacht, wendet sich der Verfasser den Problemen einer stabilitätsorientierten, isolierten Lohnpolitik zu. Ausgangspunkt ist die Analyse der Rolle der

Löhne im Inflationsprozeß, woraus die Bedeutung der Lohnpolitik für die Stabilisierung folgt. Besonders die ausführliche Darstellung der Lohn-Lohn-Spirale (Transmissionsmechanismus), die auch ohne jede Übernachfrage in Gang gesetzt werden kann, zeigt die Notwendigkeit des lohnpolitischen Mitteleinsatzes deutlich. Vernachlässigt wird dagegen, daß die Löhne nicht nur Kosten, sondern als Einkommen auch von hoher Bedeutung für Ausmaß und Struktur der Gesamtnachfrage sind. Ansonsten werden alle wichtigen Fragen der Lohnpolitik angeschnitten, keine wird jedoch erschöpfend behandelt. Der umfangreiche Fußnotenapparat enthält aber genügend Hinweise auf ausführlichere Darstellungen. Fast durchwegs werden die Möglichkeiten zur Überwindung der Hindernisse, die sich dem Einsatz der Lohnpolitik entgegenstellen, zu optimistisch beurteilt; im ganzen jedoch eignet sich dieser Teil recht gut als Überblick über die Möglichkeiten und Probleme der Lohnpolitik.

Der dritte Teil befaßt sich mit der (gewerkschaftlichen) Forderung nach Ergänzung der Lohnpolitik durch eine entsprechende Beeinflussung der Gewinnentwicklung. Einer solchen Forderung glaubt der Verfasser nur dadurch „den Boden entziehen“ zu können, daß er „die verschiedenen Entstehungsursachen und Funktionen der beiden Haupteinkommensarten Löhne und Gewinne“ aufzuzeigen versucht (S. 164). Die üblichen Einwände gegen eine direkte Preisbeeinflussung zur Gewinnsteuerung werden nur angedeutet.

Die besondere Bedeutung der Gewinne führt Lendi auf ihren Einfluß auf die Investitionstätigkeit zurück. Ausgehend von der *Harrod-Domarschen* Wachstumstheorie sieht er die Erhöhung der Investitionsquote als notwendige und hinreichende Voraussetzung für eine Wachstumssteigerung an. Diese These wird ohne jede Einschränkung und Kritik als richtig angenommen, dagegen werden alle anderen modelltheoretischen Aussagen — z. B. die der Neoklassischen Wachstumstheorie —, welche ihr zuwiderlaufen, aufgrund der Wirklichkeitsfremdheit ihrer Annahmen in Frage gestellt. Eine solche Einseitigkeit sollte in einer wissenschaftlichen Arbeit vermieden werden, eine derartige Argumentation trägt nicht zur Klärung, eher zur Verwirrung der einkommenspolitischen Diskussion bei, wenn ihr Ergebnis auch — aus anderen Gründen — richtig ist.

Nach der Zielsetzung des Verfassers soll der vierte Teil das Verhältnis von Einkommenspolitik und Konjunkturpolitik aufzeigen. Insbesondere dieser Teil ist durch die Diskussion um Konzertierte Aktion und Globalsteuerung weitgehend überholt.

Im fünften Teil entwickelt der Verfasser eine wachstumsorientierte einkommenspolitische Konzeption, die darauf hinausläuft, den Löhnen die Lückenbüßerrolle in der wirtschaftlichen Entwicklung zuzuschreiben. Dieser Gedanke ist weder neu, noch theoretisch hinreichend fundiert, die Bedeutungslosigkeit der Konsumnachfrage für den Wachstumsprozeß ist durchaus nicht so eindeutig und so weit geklärt, wie der Verfasser annimmt. Deshalb ist (u. a.) auch dann keine Durchsetzbar-



keit einer solchen Leitlinie zu erwarten, „wenn es gelingt, eine gewisse Wachstumsideologie zu verbreiten“ (S. 226).

Im sechsten Teil beschäftigt sich Lendi mit ergänzenden Maßnahmen zur Einkommenspolitik. Er nennt hier zunächst die Förderung der freiwilligen Spartätigkeit; um deren Mängel zu umgehen, zieht er aber auch die Möglichkeit des Zwangssparens über ein System von Verbrauchssteuern in Betracht. Außer einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wird auch noch die Ergänzung der freiwilligen durch eine zwangsweise „Einkommens“-Politik befürwortet, wenn auch nur als ultima ratio bei aggressiven Gewerkschaften, wobei wiederum nur die Lohneinkommen beschränkt werden sollen. Hier wird die Einseitigkeit des Verfassers endgültig bestätigt: Während er einerseits völlig freiheitliche und marktwirtschaftliche Bestimmungen der Gewinneinkommen fordert, ist ihm zur Eindämmung der Lohnentwicklung notfalls auch der dirigistische Eingriff recht! Wenn er schließlich als weitere Ergänzungsmaßnahme eine Politik der Gewerkschaftserneuerung fordert, so ist das zwar grundsätzlich berechtigt; wenn er jedoch z. B. den Gewerkschaften rät, sich lieber um die sportliche Betätigung ihrer Mitglieder zu kümmern (S. 250), so muß das als blanker Hohn empfunden werden.

Wie eingangs bereits erwähnt, liegt der Wert des Buches insgesamt eher in einer rückschauenden Zusammenfassung. Darüber hinaus kann Lendi sein sich selbst gesetztes Ziel nicht erreichen. Die Übernahme von in Interessenverbänden üblichen einseitigen Betrachtungsweisen in die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion führt diese eher rückwärts als vorwärts.

Manfred Gömmel, Nürnberg

*Franz Günnicker: Währungsmisere der Freien Welt? Die Probleme der internationalen Währungsordnung. Stuttgart 1967. W. Kohlhammer. 173 S.*

In der Diskussion um die Währungsordnung der freien Welt ist seit Gründung des Internationalen Währungsfonds harte Kritik an der modernen Währungspolitik geübt worden. Das Hauptinteresse der Kritik galt dabei meistens dem Wechselkursproblem. Seit Beginn der Goldabzüge aus den USA in den 50er Jahren hat sich die Kritik auf die gesamte Währungsordnung bezogen. Neben Teiländerungen wurden vor allem auch neue Formen der Währungsordnung vorgeschlagen.

Das Anliegen des Verfassers ist es einerseits, sich mit dieser Kritik auseinanderzusetzen. Daraus resultiert die Formulierung des Titels und das betonte Fragezeichen danach. Andererseits sieht er seine Aufgabe darin, die Merkmale der heute geltenden Währungsordnung und die Reformpläne und Reformen, die dieser Währungsordnung gelten, darzustellen.

Diesen Zielen entsprechend gliedert Günnicker sein Buch. In kleineren Teilen werden am Anfang und am Ende des Buches die Probleme

der Währungsordnung und die Diskussionen über dieses Thema behandelt (I. Das Problem der internationalen Liquidität — V. Die Währungsfronten — VI. Die ideale Lösung?). In größeren Teilen des Buches, die seinen wesentlichen Inhalt ausmachen, wird die Währungsordnung gestern und heute beschrieben. Im Anschluß daran behandelt der Verfasser die wesentlichen Reformvorschläge zur Verbesserung der internationalen Währungsordnung.

Das Buch ist flüssig geschrieben und gut durchgegliedert. Die Form der Darstellung wendet sich an einen weiteren Leserkreis: Das Buch bleibt weitgehend bei deskriptiver Betrachtungsweise, und es verzichtet größtenteils auf die Absicherung durch Literaturhinweise. In verschiedenen Kapiteln wäre eine kurze Wiedergabe der wissenschaftlichen Diskussion und ihrer Ergebnisse gut gewesen — Günnicker beschränkt sich hier auf die Schilderung der währungspolitischen Diskussion in den Beratungsgremien des Zehnerclubs und anderer Institutionen und Autoritäten (z. B. S. 13 ff.). Die mangelnde Absicherung des Textes bringt es mit sich, daß die Angaben gelegentlich nicht stimmen (z. B. auf S. 86) oder ergänzungsbedürftig sind (z. B. auf S. 45 f.).

Im ganzen gesehen gibt das Buch die Probleme der heutigen Währungsordnung und ihre Lösungsmöglichkeiten richtig wieder. Als Einführung in die Grundlagen der modernen internationalen Währungspolitik kann es ohne Bedenken empfohlen werden.

Hans Kasten, Frankfurt/M.

*Christian Humbert*: Internationale Anleihen — Aufgaben, Bedeutung und Grundprobleme. Frankfurt/Main 1969. Fritz Knapp. 216 S.

Der Begriff „Internationale Anleihen“ kann verschieden interpretiert werden. Der weitere Begriff deckt sich mit dem der „Auslandsanleihe“: festverzinsliche Wertpapiere, die in einem anderen Land als dem des Schuldners „juristisch beheimatet sind“ (S. 20; besser wäre: emittiert wurden). Der Verfasser hat es sich zur Aufgabe gemacht, dieses Phänomen betriebswirtschaftlich zu durchleuchten. Das Thema ist im Schrifttum wenig diskutiert worden; es existieren einige vornehmlich volkswirtschaftlich orientierte Schriften aus der Vorkriegszeit und einige Zeitschriftenaufsätze, darüber hinaus eine Vielzahl kürzerer Zeitungsnotizen. Das Buch kommt also vom Thema her einem echten Bedarf entgegen.

Es ist in zwei Hauptteile gegliedert: Funktion der internationalen Anleihen (Kapitel 2) und Grundprobleme der internationalen Anleihen (Kapitel 3). Leider halten die Überschriften meist nicht das, was sie versprechen, was zum Teil an den teils anspruchsvollen, teils irreführenden Formulierungen der Überschriften liegt. Kapitel 2 (Funktionen) ist in zwei Abschnitte untergliedert: Bestimmungsgründe für die Emission und Bestimmungsgründe für den Erwerb. Beide Male wird zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Gründen unterschieden. Wer nun meint, daß in diesem 2. Kapitel eine analytische Über-

sicht über die Fakten geboten wird, sieht sich enttäuscht. Humbert betont zwar ausdrücklich, daß eine solche Herausarbeitung von ihm nicht beabsichtigt sei, sondern daß es nur darum gehe, welche Funktion der Markt der internationalen Anleihen aus der Sicht von Schuldner und Gläubiger erfülle. Warum nicht beides miteinander kombiniert werden kann, ist dem Rezensenten nicht verständlich geworden.

Unter drei Überschriften werden die einzelwirtschaftlichen Gründe für die Emission abgehandelt: 1. „Kapitalbeschaffung und Finanzpolitik“: dauernde oder vorübergehende Unergiebigkeit des inländischen Kapitalmarktes, Zinsgefälle, Schaffung zusätzlichen Finanzierungsspielraums sowie eine größere finanzielle Elastizität. 2. „Finanzierungs- und Geschäftspolitik“: Der Verfasser rechnet hierunter die Funktion, das Kursrisiko von Auslandsforderungen auszuschalten. 3. „Standing-Pflege und Public Relations“: Das Motiv einer Gewinnung neuer Kunden aus dem Kreis der Kapitalgeber bezieht sich zwar primär auf die Aktienemission, aber Humbert betont, daß man die Obligationäre als potentielle Aktionäre ansehen könne.

Die entsprechenden Überschriften bei der Erörterung der einzelwirtschaftlichen Gläubiger-Motive lauten: 1. Risikopolitische Erwägungen (qualitatives Währungsgefälle, Verteilung des politischen Risikos und Erhöhung der Vermögensliquidität im Hinblick auf die breiten internationalen Märkte), 2. Ertragsgesichtspunkte und 3. Sonderfaktoren: Kurssicherungsinstrument für Valutaverbindlichkeiten (aber doch wohl nur für Banken und Versicherungen) sowie Beeinflussung durch hoheitliche Maßnahmen des Staates (Stichwort: Anlagevorschriften der Versicherungen mit Auslandsgeschäft, Coupon- und Steuergesetz). Hier zeigt sich bereits die Überschneidung mit dem Abschnitt „Gesamtwirtschaftliche Gründe“. Es werden miteinander vermischt die Gründe, die einen Kapitalimporteure bzw. -exporteur zum Auslandsengagement veranlassen, und diejenigen Gründe, die den Staat bewegen, Kapitalimport oder -export zu fördern bzw. zu erschweren.

Gesamtwirtschaftliche Motive aus der „Schuldnerperspektive“: Sie werden unter den Überschriften abgehandelt: 1. Kapitalimport und Wirtschaftswachstum und 2. Kapitalimport und Einkommensverteilung. Insbesondere der letztgenannte Abschnitt ist äußerst schwach und sagt nichts aus. Besser gelungen ist die Abhandlung aus der Gläubigerperspektive: Kapalexport als 1. wirtschaftliches Phänomen und 2. historisch-politisches Phänomen (gedacht ist dabei an politische Gründe, die den Erwerb ausländischer Titel durch das Publikum fördern oder erschweren).

In Kapitel 3 zeigt Humbert drei Problemkreise internationaler Anleihen auf: 1. Wirtschaftliches Risiko. Primär wird die einzelwirtschaftliche Zahlungsfähigkeit erörtert. Die Behandlung der Schuldnerperspektive wird dem Thema allerdings nicht gerecht. Die Erörterungen über die gesamtwirtschaftliche Zahlungsfähigkeit überschneiden sich sehr mit dem nächsten Problem; sie sind darüber hinaus ziemlich wirk-

lichkeitsfremd. 2. Währungspolitisches Risiko: Das Kaufkraftisiko in der vom Verfasser dargestellten Form berührt das Thema nicht. Beim Wechselkursrisiko wird zwischen objektiven und subjektiven Faktoren unterschieden. Das ist deswegen problematisch, weil auch hier wieder auf eine erschöpfende Analyse verzichtet wird. Als Schutzmaßnahmen im Rahmen der Anleihebedingungen werden genannt: Optionsklausel, Youngklausel, fingierte oder Drittwährungen. 3. Politisches Risiko: Im engeren Sinn umfaßt es die Gefahr mangelnder Zahlungswilligkeit des ausländischen Staates. Im weiteren Wortsinn gehört auch die Änderung der vom Staat gesetzten Daten hierunter, insbesondere Fortfall von Steuerbeträgen bzw. nachträglich fixierten steuerlichen Belastungen.

Wie bereits eingangs betont, spricht das Buch eine dringende Nachfrage an. Aber leider wurde das Thema nicht so erschöpft, wie man es sich gerne gewünscht hätte. Nachteilig für den eiligen Leser wirkt sich auch die verschiedentlich sehr umständliche und langatmige Heranführung an die Probleme sowie die viel zu geringe Untergliederung des Buches aus.

Oswald Hahn, Erlangen-Nürnberg

*Hubertus Seifert: Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland. Köln und Opladen 1968. Westdeutscher Verlag. 125 S.*

Trotz seiner ständig wachsenden Bedeutung hat die empirische Wirtschaftsforschung im deutschsprachigen Raum dem Problem der internationalen Kapitalbewegungen im allgemeinen und der Direktinvestitionen im besonderen relativ wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

Angeregt durch die immer wiederkehrende Debatte um die Überfremdung der Volkswirtschaft und neuerdings durch die mit ihr im Zusammenhang stehende Diskussion um die „technologische Lücke“ haben sich eine Reihe von Arbeiten mit den amerikanischen Direktinvestitionen in Europa befaßt. Die unternehmerische Beteiligung deutscher Kapitalgeber im Ausland, die gemessen an vergleichbaren Industrieländern ungewöhnlich gering ist, ist jedoch noch wenig erforscht worden. Es ist ein besonderes Verdienst von Hubertus Seifert, mit der vorliegenden Arbeit einen ersten Ansatz für weitere Untersuchungen auf diesem Gebiet geschaffen zu haben. Der Titel der Schrift ist allerdings insofern mißverständlich, als nicht etwa eine allgemeine Darstellung der deutschen Direktinvestitionen im Ausland, mit ihren Motiven und ihren volkswirtschaftlichen Folgen für die Bundesrepublik als Kapitalgeber und für die kapitalnehmenden Länder erfolgt, sondern Seifert hat sich bewußt darauf beschränkt, die Problematik und Bedeutung der statistischen Erfassung der Direktinvestitionen darzustellen.

Nach ausführlicher Behandlung des Begriffs der Direktinvestition und ihrer verschiedenen Anlageformen und Finanzierungsmittel beschäftigt sich die Untersuchung kritisch mit der Erfassung der deutschen Direktinvestitionen in der amtlichen Statistik. Es folgt eine Aufschlüsselung der Direktinvestitionen nach zeitlichen, regionalen und branchenmäßigen Gesichtspunkten sowie eine Analyse der Finanzie-

rungsform. Die Arbeit wird abgeschlossen durch Überlegungen über Anwendungsbereiche der Direktinvestitionsstatistik und über Möglichkeiten zur Erhöhung ihrer Aussagefähigkeit.

Erstaunlich ist, daß Seifert in seiner sehr sorgfältigen Untersuchung über alle denkbaren Aspekte der Entwicklung der deutschen Direktinvestitionen es unterläßt, sie auch einmal im internationalen Gesamtzusammenhang zu beleuchten. Bei einem Thema, das sich speziell der Erhellung des Problems der grenzüberschreitenden Investitionen annimmt, empfindet man eine rein nationale Betrachtungsweise als unzulänglich.

Das Hauptziel der Arbeit, Vollständigkeit und Aussagefähigkeit der Statistik über die deutschen Direktinvestitionen kritisch zu überprüfen, hat der Verfasser sicherlich erreicht. Die Feststellung in seiner Schlußbemerkung, „daß die amtlichen Veröffentlichungen . . . in mancher Hinsicht mit Vorbehalten betrachtet werden müssen und die in der Statistik liegenden Möglichkeiten für eine größere Nutzenanwendung noch nicht ausgeschöpft sind“, gilt aber doch wohl in dieser allgemeinen Form für jede statistische Erhebung und ist kein Sonderproblem der deutschen Statistik über die Direktinvestitionen.

Klaus-Heinrich Standke, Paris

*Willi Meyer*: Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel. Freiburg 1967. Rombach & Co. 299 S.

Der Beitrag von Meyer ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: Didaktisch und grundsätzlich geht der Verfasser geschickt über die enge allokationstheoretische und finanzwissenschaftliche Behandlung der internationalen Wettbewerbsverzerrungen hinaus, die in vielen Untersuchungen zum Thema bis heute im Vordergrund stehen. Durch einen umfangreichen ersten Teil zur Genesis des Problems und einen anregenden dritten Teil über die prinzipielle wirtschaftspolitische Beurteilung wird der Horizont des Themas sinnvoll erweitert.

Der erste Teil der Untersuchung bedient sich dreier historischer Beispiele zu einer zweckmäßigen Einführung in das Thema. „Die englische Kornzoll-Diskussion beleuchtet die Rückwirkung überhöhter oder steuerlich verfälschter Faktor- und Güterpreise auf den Außenhandel. Demgegenüber behandelt der Steuerstreit in der Montanunion die steuerliche Verzerrung der Güterpreise, während die Problematik der sozialen Harmonisierung den Aspekt der steuerlichen Faktorpreisverzerrung enthält“ (S. 15). Dieser einführende Teil der Arbeit ist nicht nur für den Neuling informativ. Er wird vom Verfasser auch dafür genutzt, um auf zwei wichtige Probleme aufmerksam zu machen: 1. die Vermengung des Problems der optimalen Faktornutzung mit den sozialen Notlagen bestimmter Branchen und 2. die Vermengung der Preis- mit der Effizienzwirksamkeit von Fiskalmaßnahmen.

Im zweiten Teil der Untersuchung geht es um „die Verzerrung des internationalen Wettbewerbs als Abweichung vom ökonomischen Op-

timum“. Dieser traditionelle wohlfahrtsökonomische Zugang zum Thema wird von Meyer zwar sehr ausführlich (zu ausführlich in bezug auf den Autarkiefall, vgl. S. 106-153) erörtert und durch eine kritische Analyse der alternativen Maßnahmen zur Beseitigung von internationalen Wettbewerbsverzerrungen (S. 173 ff.) interessant genutzt. Daß jedoch dieser Ansatz wenig befriedigend ist, bringt Meyer selbst an vielen Stellen der Arbeit deutlich zum Ausdruck.

Neben dem didaktisch verdienstvollen ersten Teil konzentriert sich der eigentliche Reiz der Arbeit auf den dritten Teil, der die Themenstellung „als Problem einer rationalen Wirtschaftspolitik“ aufgreift. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Rationalitätstheoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik führt den Verfasser zu einer eigenständigen Beurteilung des dem Verzerrungsproblem zugrunde liegenden Effizienzkriteriums. Während das Problem der Wettbewerbsverzerrungen wohlfahrtstheoretisch nicht gelöst werden könne, da mit allen vorgeschlagenen Möglichkeiten (Bestimmungsland-, Ursprungslandprinzip und vollständige Steuerharmonisierung) das Paretooptimum nicht erreicht werde (S. 203) und für Abweichungen von diesem Optimum ein Zugang zur richtigen „sozialen Bewertung“ noch nicht gefunden sei (S. 212), ließe sich das Problem vom Standpunkt einer rechtfertigungsfreien Rationaltheorie gleichsam auflösen, wenn man nämlich die Frage nach der Relevanz des ganzen Effizienzproblems stellt. Sollten in einer Marktwirtschaft steuerliche und andere (monopolistische) Verzerrungen der Güterpreise bezüglich des statischen Effizienzoptimums keine bedeutende Rolle spielen, „dann bedeutet das für jeden auf die statische Effizienzverbesserung gerichteten Entzerrungsvorschlag einen recht schwerwiegenden Einwand: gleichgültig, wie ausgereift der einzelne Vorschlag auch sein mag, das zugrundeliegende Problem — Abweichungen der Faktornutzung vom statischen Optimum — wäre dann in einer Marktwirtschaft irrelevant“ (S. 240).

Über diese entscheidende, recht plausible These, die anhand einschlägiger Literatur zu belegen versucht wird (S. 241 ff.), gelangt Meyer dann auch zu einer interessanten Interpretation der einschlägigen Artikel des EWG-Vertrages (Artikel 92 ff.), die „nicht als Lösungsvorschläge für ein ökonomisches Optimumproblem, sondern als Lösungsvorschlag für ein ökonomisches Organisationsproblem zu interpretieren“ seien (S. 273 sowie S. 248 ff.). Diese realitätsnahe Einordnung der Wettbewerbsverzerrungen im gemeinsamen Markt wird dann im letzten Abschnitt der Arbeit noch durch einige kurze Stellungnahmen zum Abbau der Steuergrenzen und zur Steuerharmonisierung ergänzt.

Über den gemeinsamen Markt und seine speziellen Steuerprobleme hinaus, mit denen sich auch Meyer in erster Linie beschäftigt, ist der dritte Teil der Arbeit aber auch für die internationale Wirtschaftspolitik schlechthin von Bedeutung. Auf diesem Gebiet tritt nach dem Auslaufen der Liberalisierungspolitik der beiden Nachkriegsjahrzehnte seit geraumer Zeit das Problem einer internationalen Wettbewerbs-

politik in den Vordergrund. Gerade für dieses neue Gebiet sind die von Meyer insbesondere im letzten Teil seiner Arbeit aufgeworfenen Probleme von besonderem Interesse. Das Buch bleibt somit ganz unabhängig vom Streit über die fiskalpolitisch bedingten Wettbewerbsverzerrungen von beachtenswerter Aktualität.

Detlef Lorenz, Berlin

*Horst Claus Recktenwald* (Hrsg.): *Finanztheorie*. 2. Aufl. Köln, Berlin 1970. Kiepenheuer & Witsch. 531 S.

*Ders.* (Hrsg.): *Finanzpolitik*. Köln, Berlin 1969. Kiepenheuer & Witsch. 506 S.

In zwei Bänden versucht Recktenwald, den heutigen Stand von Finanztheorie und Finanzpolitik an Hand einer Sammlung von Einzelbeiträgen bekannter finanzwissenschaftlicher Autoren darzustellen. Beide Bände sind nach denselben Gliederungsprinzipien aufgebaut und damit auf das Engste miteinander verknüpft. Dieses Verfahren ist sicher begrüßenswert, macht es doch den engen Zusammenhang zwischen Theorie und Politik deutlich. Vorteilhaft sind auch die beiden einleitenden Aufsätze Recktenwalds, die es erleichtern, die einzelnen Beiträge in das Gesamtgebäude der Finanzwissenschaft einzuordnen.

Es ist an dieser Stelle natürlich unmöglich, auf einzelne Beiträge einzugehen. Die Wiedergabe der Gliederung zeigt jedoch deutlich, daß die beiden Bände alle Aspekte der heutigen Finanzwissenschaft berühren. Beide Bände gliedern sich in sechs Teile: Einleitender Teil, Budgetfragen, Öffentliche Ausgaben, Staatseinnahmen, Staatsverschuldung und Internationale Aspekte der Finanzwissenschaft. Naturgemäß sind dem Stand der Finanzwissenschaft zufolge die einzelnen Bereiche ungleichgewichtig. Dies gilt insbesondere für die Staatsausgaben und die internationalen Aspekte. Daraus, daß es dem Herausgeber schwer fiel und auch schwer fallen mußte, geeignete Beiträge für diese Bereiche zu finden, wird deutlich, wie sehr diese Gebiete von der bisherigen Forschung vernachlässigt worden sind.

Ergänzt werden die Beiträge durch eine sorgfältig ausgewählte und daher erfreulich knappe Bibliographie zu den einzelnen Kapiteln, die Hinweise auf weiterführende oder auch einführende finanzwissenschaftliche Werke gibt. Damit wird auch der Mangel angesprochen, der allen Readings-Bänden zwangsläufig anhaftet. Die auszuwählenden Beiträge sind durch zweierlei gekennzeichnet: Zum einen handelt es sich entweder um Beiträge, die sich mit Spezial- und Detailfragen eines bestimmten Problemkreises befassen, oder es sind zum anderen Beiträge, die aus einem in sich geschlossenen Werk entnommen sind. Beiden Arten von Beiträgen ist es eigentümlich, daß sie den Zugang des Lesers zu einem Problemkreis nur selten erleichtern; die ersteren wegen ihrer Spezialisierung, die letzteren wegen des fehlenden Zusammenhanges. Der lose Faden der Gliederung genügt nicht, die unterschiedlichen Gedankenwelten der einzelnen Beitragsverfasser zu verknüpfen. So bleibt ein Readings-Band letztlich auch nichts anderes, als was die Einzelbei-

träge sind, nämlich Speziallektüre, die bei der Beschäftigung mit bestimmten Problemen herangezogen wird.

Diese Ausführungen sollen nicht den Wert der vorliegenden Bände mindern, sie sollen lediglich ihre Grenzen aufzeigen. Es bleibt ihnen unbenommen, daß sie einen repräsentativen Querschnitt der derzeitigen Erkenntnisse von Finanztheorie- und -politik aufzeigen und damit eine wertvolle Ergänzung der Lehrbuchliteratur darstellen. Anzumerken ist noch, daß bei einer dritten bzw. zweiten Auflage eine genaue Durchsicht erforderlich scheint, um redaktionelle Fehler auszumerzen.

Dieter Stilz, Berlin

*Marie Luise Herschel*: Die Bedeutung der Finanzgebarung der öffentlichen Hand für den Geldwert in Frankreich nach 1945. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 263 S.

Das Anliegen der Autorin ist es, den Einfluß der Finanzpolitik auf die Entwicklung des Geldwertes in der Nachkriegszeit in Frankreich zu untersuchen. Herschel teilt die Arbeit in zwei Teile. Dem ersten Teil unter der Überschrift „Die institutionellen historischen und theoretischen Grundlagen“ fällt die Aufgabe zu, die Fragen vorzuklären, die für das Verständnis des zweiten Teils wichtig erscheinen. Das eigentliche Thema wird erst nach fast 100 Seiten im zweiten Teil unter der Überschrift „Die empirische Analyse“ abgehandelt.

Durch den verhältnismäßig großen Umfang, den der erste Teil mit den einführenden Betrachtungen einnimmt, wirkt die Arbeit in ihren Proportionen nicht ausgewogen. Überhaupt ist zum Aufbau der Arbeit einiges zu bemerken. Der erste Teil beginnt mit einer recht umständlichen und etwas langatmigen Darstellung der Institution des Tresors, die im Hinblick auf die für das Thema der Arbeit relevanten Aspekte auf wenige Seiten hätte reduziert werden können. Daran schließt sich eine Darstellung des allgemeinen Konjunkturverlaufes in der Nachkriegszeit. Da auch im zweiten Teil eine Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit, allerdings unter besonderer Beachtung der finanzpolitischen Maßnahmen vorgenommen wird, ergibt sich durch eine zweimalige Darstellung der Vorgänge im selben Zeitablauf zwangsläufig eine Doppelgleisigkeit, die hätte vermieden werden können, wenn Herschel beide historischen Teile zu einem Teil zusammengefaßt hätte. Ein besonderer Abschnitt ist dann einer allgemeinen Darstellung der Auswirkungen gewidmet, die von öffentlichen Ausgaben und von öffentlichen Einnahmen auf die Preise ausgehen. Auf diesen Abschnitt, der Zusammenhänge darstellt, von denen man annehmen sollte, daß sie dem Leser geläufig sind, und die in den einschlägigen Lehrbüchern zu finden sind, hätte im Interesse einer Konzentration der Arbeit verzichtet werden können. Auch läßt sich dieser Teil im Schema einer rein empirischen Arbeit schlecht unterbringen.

Der zweite Teil behandelt dann das eigentliche Thema. Dieser Teil, der in charakteristische Zeitabschnitte unterteilt ist, bietet eine recht instruktive und sorgfältige Darstellung der Entwicklung der Beziehun-



gen zwischen Finanzpolitik und Geldwert in der französischen Nachkriegsentwicklung. Herschel weist nach, daß zwar in den verschiedenen Perioden recht unterschiedliche Einflüsse von der Finanzpolitik auf die Stabilität des Geldwertes ausgegangen sind. Die Verfasserin kommt jedoch zu dem Schluß, „daß grundsätzlich als vorrangig angesehene, zumeist wachstums- und sozialpolitische Zielsetzungen den Weg zu einer geldwertbewußten öffentlichen Finanzpolitik erschweren . . . , während periodisch militärische Unternehmungen zusätzliche Hindernisse aufbauen . . .“ (S. 247).

Im einzelnen wäre noch auf folgendes hinzuweisen: Es kann nicht ohne weiteres akzeptiert werden, „daß eine jede öffentliche Ausgabe grundsätzlich inflationär wirkt“ (S. 75). Ob und wie weit eine öffentliche Ausgabe inflationär wirkt, hängt von ihrer Deckung ab. Ferner kann der Auffassung nicht zugestimmt werden, daß bei einer „dem Unternehmen zusätzlich auferlegten Gewinnsteuer“ (S. 87) ein Überwälzungseffekt eintreten kann. Unterschiedliche Gewinne müßten dann zu unterschiedlichen Preisaufschlägen und damit zu ungleichen Preisen führen. Das widerspricht aber dem Prinzip der Angleichung der Preise durch die Konkurrenz.

Die Arbeit berücksichtigt im wesentlichen deutsche und französische Literatur. Es wäre für die Arbeit von Nutzen gewesen, im Zusammenhang mit der Behandlung öffentlicher Ausgaben auch den bekannten Aufsatz von Masoin „Die öffentlichen Ausgaben“ (Hwb. d. Finanzwissenschaft Bd. 2) zu berücksichtigen.

Harry Runge, Stuttgart

*Friedrich H. Stamm*: Die Bundesfinanzen der Vereinigten Staaten von Amerika. Entwicklung und gegenwärtiger Stand. Stuttgart 1969. Gustav Fischer. 264 S.

Für jeden, der sich über bestimmte Einzelfragen der amerikanischen Finanzwirtschaft und ihre Entwicklung im Zeitablauf informieren will, stellt die Arbeit von Stamm ein instruktives Nachschlagewerk dar. Ob es sich um die Finanzverfassung, das System des Finanzausgleichs, das Haushaltsrecht, die Ausgaben und Einnahmen des Bundes — gegliedert nach den Ausgabekategorien, den einzelnen Steuern und den Schulden — oder die Entwicklung der Finanzpolitik handelt, über alles findet man detaillierte, mit Daten und Zahlen versehene Angaben, die bis zu den Anfängen der Staatsgründung reichen.

Das Darbieten einer solchen Fülle von Informationen mußte freilich erkaufte werden mit einem weitgehenden Verzicht auf eine Interpretation und theoretische Durchdringung des Materials.

Auch derjenige, der sich nur einen Überblick über die großen Linien der amerikanischen Finanzgeschichte und über die derzeitigen Entwicklungstendenzen verschaffen will, wird Mühe haben, einen roten Faden in diesem Sinne zu finden. Die Arbeit von Stamm erinnert in der Art und Weise, in der die Probleme angegangen und abgehandelt werden, an manche Werke der Historischen Schule: mit ihren Schwächen, aber auch mit ihren Vorzügen. So wird auch das Urteil über die-

ses Buch in erster Linie davon bestimmt sein, was der jeweilige Leser zu finden hofft: Ist er mehr theoretisch und an großen Linien interessiert, mag er nicht ganz auf seine Kosten kommen. Geht es ihm hingegen um konkrete Einzelfragen und Fakten, so wird er den Fleiß und die Akribie dankbar schätzen, die Stamm bei der Auswertung der amerikanischen Quellen an den Tag gelegt hat. Dieter Fricke, Köln

*Hans Joachim Harloff: Der Einfluß psychischer Faktoren auf die Mobilität der Arbeit.* Berlin 1970. Duncker & Humblot. 234 S.

Es ist keineswegs neu, daß wirtschaftstheoretische Deduktionen häufig unter extrem realitätsfremden Prämissen durchgeführt werden. Ebenso wenig blieb verborgen, daß auf diese Weise erzielte Ergebnisse für den jeweiligen „alltäglichen Normalfall“ meist von sehr beschränkter Aussagekraft sind. Besonders stark trat dieser Mangel auf dem Gebiet der Arbeitsmarkttheorie zutage, wo lange Zeit die Analyse der Wirkungen rein ökonomischer Faktoren dominierte. Noch heute wird z. B. in gängigen Lehrbüchern das individuelle Arbeitsangebot als ausschließlich von der Lohnhöhe abhängig dargestellt. Hält man sich vor Augen, daß auf dem Arbeitsmarkt soziale und persönlichkeitsbestimmte Faktoren in weit stärkerem Maße das Verhalten der Anbieter bestimmen als auf Gütermärkten, so leuchtet ein, daß hier nur eine unter Einbeziehung aller gewichtigen Einflußfaktoren durchgeführte Analyse zu aussagekräftigen Ergebnissen führen kann. Es ist daher zu begrüßen, daß sich in jüngerer Zeit die Arbeitsmarktforschung in zunehmendem Maß auch den außerökonomischen Bestimmungsfaktoren der Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt zuwendet.

Auch Harloff geht auf dem von ihm bearbeiteten Teilgebiet diesen Weg, indem er die Frage nach der Relevanz psychischer Faktoren (bei den Arbeitnehmern) für die räumliche und berufliche Verteilung des Faktors Arbeit stellt. Sein Ziel ist es dabei zunächst, die in Betracht kommenden Faktoren möglichst vollzählig zu nennen und ihren Einfluß auf individuelle Mobilitätsentscheidungen darzustellen. Es zeigt sich jedoch, daß eine isolierte Betrachtung psychischer Faktoren nur eine höchst unvollkommene Erhellung der zu Mobilitätsvorgängen führenden Entscheidungsprozesse ermöglicht; denn sie werden ja nur im Zusammenhang mit anderen Gegebenheiten oder als Reflex darauf wirksam. Der Verfasser bezieht daher die „objektiven“ Einflußfaktoren wie Arbeitsbedingungen, private Verhältnisse u. ä. in die Betrachtung ein.

Die erste sich daraus ergebende Aussage, daß der Lohn (der Lohnunterschied) nur einer von vielen die räumliche und berufliche Verteilung der Arbeitskräfte beeinflussenden Faktoren ist, enthält zwar nichts Neues, ist aber wegen der ausführlichen Aufdeckung persönlichkeitsbestimmter Einflüsse bei Mobilitätsentscheidungen wertvoll. Allerdings könnte man hier, wie bei jeder Aufzählung, Zweifel an der Vollständigkeit der genannten Einflußfaktoren äußern.

Schwerer wiegt jedoch die Feststellung, daß eine zuverlässige Quantifizierung des Einflusses der einzelnen Faktoren auf Mobilitätsent-

scheidungen nicht gelingt. Derartige Aussagen ließen sich aber nur aufgrund empirischer Untersuchungen gewinnen, wobei die Isolierung des Einflusses einzelner Faktoren methodisch große Schwierigkeiten bereitet. Als „Ein-Mann-Betrieb“ war der Autor auf die Übernahme vorliegender empirischer Ergebnisse angewiesen. Er macht davon in großem Umfang Gebrauch. Allerdings kann er kaum die Schwierigkeit umgehen, daß die Vergleichbarkeit der Ergebnisse wegen der unterschiedlichen Methoden und Faktorenabgrenzungen beschränkt ist. Außerdem weisen die vorliegenden Ergebnisse z. T. erhebliche Abweichungen auf (z. B. hinsichtlich des Gewichtes des Lohnes als Mobilitätsfaktor). Immerhin besteht aber in der Literatur recht weitgehende Übereinstimmung darin, daß der „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ von den Arbeitskräften im allgemeinen ein besonders starkes Gewicht beigemessen wird. Bei allen anderen Faktoren sind zuverlässige Angaben über ihr Gewicht bei Mobilitätsentscheidungen beim jetzigen Stand der empirischen Forschung nicht zu erlangen. Das leuchtet um so mehr ein, als von vornherein zu erwarten ist, daß die „objektiven“ Gegebenheiten bei unterschiedlichen subjektiven Anlagen unterschiedliche Mobilitätswirkungen hervorrufen. Es gälte also, durch Vergleich des Mobilitätsverhaltens von möglichst homogenen Gruppen, die sich durch bestimmte subjektive Merkmale voneinander unterscheiden, den Einfluß dieser Faktoren auf das Mobilitätsverhalten festzustellen. Die praktische Schwierigkeit, möglichst homogene Gruppen bei möglichst weitgehender Gleichheit der „objektiven“ Gegebenheiten für alle zu bilden, ist schwer überwindbar. Aber nur bei strikter Verwirklichung dieser Voraussetzung ist die Isolierung der Wirkung eines Faktors zu erreichen. Zu klären wäre aber der Einfluß vieler subjektiver und objektiver Faktoren.

Das Ergebnis dieser Arbeit ist daher im Lichte des anzustrebenden Zieles nicht befriedigend. Dieser Umstand geht jedoch nicht zu Lasten des Verfassers. Die endgültig angestrebten Ergebnisse können bestenfalls am Ende einer langen Reihe empirischer Untersuchungen stehen.

Hubertus Adebahr, Berlin

*Klaus Beplat*: Probleme der Einführung des Containerverkehrs. Hamburg 1970. Verlag Weltarchiv GmbH. 204 S.

Der besondere Blickwinkel der vorliegenden Studie geht aus ihrem Untertitel hervor; er lautet „Analyse der Durchsetzungsmöglichkeiten in einer marktwirtschaftlichen Verkehrsordnung“. Die Fragestellung ist stark ordnungspolitisch gefärbt. Der Verfasser will prüfen, inwieweit das Konzept des Containerverkehrs mit der bestehenden marktwirtschaftlichen Organisation des Verkehrswesens vereinbar ist. Er behandelt ihn daher nicht im Hinblick auf technische oder vorwiegend betriebsökonomische Aspekte.

Die Analyse enthält einen Vergleich zwischen funktional definiertem „reinen“ Containersystem auf der einen und seiner unter marktwirtschaftlichen Bedingungen möglichen Realisierung auf der anderen Seite. Diesem Vergleich wird eine idealtypische Konzeption des Con-

tainerverkehrs als denkbare Optimum zugrunde gelegt, an dem die realen Erscheinungen gemessen werden. Das Ergebnis des Vergleichs führt den Verfasser zu einigen Überlegungen hinsichtlich der Wünschbarkeit der derzeitigen Organisation des Verkehrswesens (bzw. einer Veränderung).

Dieser theoretischen Anlage gemäß abstrahiert die Arbeit auf eine begrenzte Zahl wichtiger Aspekte des Containerverkehrs. Darunter ist die Betonung der Systemidee besonders wesentlich. Ihre Relevanz für die Fragestellung ergibt sich insbesondere aus der ihr innewohnenden Notwendigkeit einer Konzentration der Entscheidungsprozesse, weil das Containersystem nur im ganzen funktionsfähig sein und seine hypothetischen Vorteile zur Geltung bringen kann. Hierbei ist vor allem an die Problematik externer Effekte gedacht, die sich nur unter einem solchen, über einzelne Glieder der Transportketten hinausreichenden, überbetrieblichen Blickwinkel erfassen lassen.

Aus diesem Ansatz entwickelt der Verfasser seinen Vergleich mit den realen Verwirklichungsmöglichkeiten eines so konzipierten Containersystems in der Marktwirtschaft. Dazu prüft er für die einzelnen Glieder der institutionalen Transportkette ihre Fähigkeit und ihren Willen zur Durchsetzung des neuen Systems. Seine These ist, daß die immanente Konzentrationstendenz des Systems zur überbetrieblichen Koordination zwingt und daher möglicherweise Strukturveränderungen (vor allem des einzelwirtschaftlichen Verhaltens) erfordert, wenn die produktivitätssteigernden Wirkungen des neuen Systems verwirklicht werden sollen. Zum Beleg dieser Anschauung zieht er eine Reihe von „Fehlentwicklungen“ heran, die auf Diskrepanzen zwischen Realverhalten der Transportunternehmen und funktionalem Verständnis ihrer Rolle zurückgehen. Als Lösung wird „Kooperation“ als drittes, „neues“ Prinzip der Ordnungspolitik betont, das jenseits einer staatlich-zentralen Lenkung und auch einer individualistischen einzelwirtschaftlichen Koordination stehe.

Es ist offenbar, daß diese Folgerungen aus der Gegenüberstellung realer, vielschichtiger Gegebenheiten und eines abstrakt-funktional aufgefaßten technischen Systems gezogen werden. Sie finden ihre Grenzen jedoch dort, wo im Dienste verkehrswirtschaftlicher Effizienzvorstellungen ordnungspolitische Änderungen gefordert werden; an diesem Punkt wird ein Kompromiß notwendig, der auch andere als solche partiellen Effizienzgesichtspunkte berücksichtigt. Es ist nicht ganz klar, welches hier die Anschauung des Verfassers ist, doch scheint er einem Primat der Verkehrswirtschaft zuzuneigen, aus dem er seine Schlußfolgerungen herleitet. Ebenso erhält die Analyse durch die ziemlich scharf betonte Totalität des Systemcharakters einen verschiedentlich eher technologisch gefärbten Inhalt. Die vom Verfasser an einer Stelle betonte Gefahr eines Vergleichs von hypothetischen Maximalleistungen eines perfekten Containerverkehrs mit den empirischen Unvollkommenheiten des konventionellen Systems erhebt sich auch hier, wenn eine allzu technische Sichtweise in den Vordergrund tritt, bei der die

Leistungsfähigkeit zentraler Lösungen zu optimistisch gesehen wird. Zweifellos stellt die Untersuchung aber einen nützlichen und interessanten Versuch dar, die bis Ende 1968 erkennbaren Erscheinungen und Folgen des Containerverkehrs in einer volkswirtschaftlichen Sicht systematisch zu erfassen und so einen Gegenpol zu der mehr isolierten Behandlung einzelner Fragen zu schaffen.

Hans Böhme, Kiel

*Fritz Wilhelm Franzmeyer*: Die aggregative Ermittlung des industriellen Anlagevermögens — Methodik und Empirie im internationalen Vergleich. Berlin 1970. In Komm. bei Duncker & Humblot. 133 S.

Wenn ein Autor über ein so anspruchsvolles Thema, wie die Ermittlung des Realwertes von Anlagevermögen, für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung das Wort nimmt, so muß er damit rechnen, daß an seine Arbeit hohe Ansprüche gestellt werden. Einmal wird man sie daran messen, was sie zur Weiterführung der vom Institut für Konjunkturforschung (1931) sowie von Mitarbeitern des Statistischen Reichsamts (1938) entwickelten Berechnungsmethoden beiträgt. Franzmeyer zitiert diese Arbeiten nicht und kennt sie offensichtlich nicht einmal; andernfalls wäre es unerklärlich, wieso er die in Italien nach den früher in Deutschland entwickelten Schätzverfahren gebräuchliche Ermittlung des investierten Kapitals in aller Breite darlegt, bevor er sie in eigenen Berechnungen nachvollzieht. — Zum anderen wird danach gefragt werden, inwieweit in einer DIW-Studie des Jahres 1970 die nach 1945 im DIW entwickelten Verfahren zur Schätzung des industriellen Anlagevermögens kritisiert werden; niemand würde etwas anderes erwarten, als daß die Berechnungsmethode *Krengels* im internationalen Vergleich gut abschneidet. Aber den Beweis bleibt Franzmeyer seinen Lesern schuldig.

Was der Autor tatsächlich bietet, ist eine Systematisierung von volks- und betriebswirtschaftlichen sowie statistischen Konzepten zur Berechnung des Anlagevermögens, die während der letzten fünfzehn Jahre in einschlägigen in- und ausländischen Studien entwickelt worden sind.

Hierfür befaßt sich der Verfasser zunächst umfänglich mit den Argumenten der makroökonomischen Produktionstheorie zur Brutto- oder Nettobewertung. Nach seiner Auffassung müßte eine Bruttobewertung dann zu optimalen empirischen Ergebnissen führen, wenn die entlang der Nutzungsdauer auftretenden Qualitäts- und Kapazitätsänderungen in die Rechnung einbezogen werden könnten. — In einem Bericht über zahlreiche einschlägige Untersuchungen für Industrie-Länder (einschl. der sozialistischen Industrienationen) muß der Autor aber feststellen, wie unzureichend die statistischen Informationen über Kapazitätsauslastung und mittlere Nutzungsdauer der Produktionsanlagen sind. Franzmeyer verneint aus diesem Grund auch mit Recht die Möglichkeit, Vollerhebungsergebnisse über Struktur und Wert der Anlagebestände auf Stichprobenbasis, gar nach Branchen oder nach Größenklassen, fortzuschreiben.

Der Verfasser empfiehlt eine fortlaufende Berechnung von Höhe und Struktur des Anlagevermögens mittels Beobachtung des Zeitablaufs der Investitionstätigkeit; er hält es für möglich, die Bestandsänderungen zu schätzen, indem aufgrund einer empirisch festgestellten mittleren Verweildauer die wahrscheinlichen Abgangsquoten berechnet würden.

Die zur Ermittlung der Nutzungsdauer (resp. Abgangsverteilung) vorgetragenen Argumente können statistisch-methodisch nicht überzeugen. Sie laufen darauf hinaus, daß so lange Zahlen aus hinreichend vielen Bereichen oder/und von artverwandten Anlagegruppen mit ihrer links- und rechtssteilen Verteilung zusammengezogen werden sollten, bis für größere Bereiche oder für die Gesamtwirtschaft eine eingipflige, womöglich sogar symmetrische Verteilung der Nutzungsdauer unterstellt werden kann. Im übrigen konstatiert der Verfasser selbst, daß ein solcher Mittelwert der Nutzungsdauer (und erst recht seine Fortschreibung) nicht ohne empirische Überprüfung als Schätzgrundlage verwendbar sei. Damit würde er ja aber wieder auf die fehlenden statistischen Daten stoßen.

Bereits auf S. 12 der Studie wurde festgestellt, daß die Ergebnisse amtlicher Investitionserhebungen weder zuverlässig noch umfassend genug wären, als daß sie zur Abschätzung oder gar zur Messung des Anlagenbestandes und -zugangs nach Kapazität und Nutzungsdauer ausreichen. Dennoch unternimmt der Verfasser nicht nur eine detaillierte Wiedergabe seiner Lesefrüchte aus einer großen Zahl von Monographien, Tagungsberichten und Zeitschriftenbeiträgen der letzten 15 Jahre (wobei er leider verschiedentlich nicht exakt zitiert), sondern er führt, trotz aller Bedenken, ein Fortschreibungsmodell für das Brutto-Anlage-Vermögen vor, wobei er dem im DIW entwickelten Verfahren auch in bezug auf eine „Nettorechnung mit gestreuter Nutzungsdauer“ folgt, bei welchem eine Entsprechung zwischen der Verteilung der für sukzessiv investierte Anlagen ermittelten Nutzungsdauern und derjenigen für die Abschreibungsraten unterstellt wird. Franzmeyer bemüht sich intensiv um Veranschaulichung der formalen statistischen und mathematischen Verfahrensweisen, über die er berichtet, obgleich er selbst nicht viel von der methodischen Tragfähigkeit und den Ergebnissen der vorgeführten Schätzmethode hält. Er betont, daß der wesentliche Mangel der bisher angewandten Schätzverfahren selbst bei besserem zahlenmäßigen Ausgangsmaterial nicht abzustellen wäre: die Unmöglichkeit, die Rolle des technischen Fortschritts bei Ersatz- und Neuinvestitionen in die Berechnung einzubeziehen.

Das Sonderheft 86 kann als Warnschild vor dem Betreten von Sackgassen angesehen werden. Denn es bietet für einschlägig interessierte und unterrichtete Leser nicht mehr, aber auch nicht weniger, als eine systematische Darstellung der bis zum Jahre 1970 in Europa und anderwärts diskutierten, in ihrer Anwendbarkeit allenthalben kritisierten Schätzverfahren.

Ingeborg Esenwein-Rothe, Erlangen-Nürnberg